

Die Herausforderung liegt im Wissenstransfer

Ansätze zur Prävention von Extremismus in die praktische Deradikalisierungsarbeit tragen

Kaser Ahmed*, Mohammad Nadeem*, Rashid Bajwa,

Felix Brandes, Diba Hossein, Sabrina Kunze &

Isgard Ohls

Erfolgreiche Deradikalisierungs- und Distanzierungsarbeit erfordert einen umfassenden Wissenstransfer aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen. Auf europäischer Ebene spielt das Radicalisation Awareness Network (RAN) eine entscheidende Rolle. Es bringt vielfältige Erfahrungswerte aus der Praxis und Wissensbestände zusammen und ermöglicht so Fachaustausch zwischen nationalen Behörden und nichtstaatlichen Akteuren. Auf Bundesebene betreut die Beratungsstelle „Radikalisierung“ des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seit 2012, inklusive eines Forschungszentrums, behördliche und zivilgesellschaftliche Anlaufstellen für den Phänomenbereich Islamistischer Extremismus und fördert neben praktischen Angeboten auch bedarfsorientierte Forschung auf diesem Feld. Dadurch konnte mit Koordinierungsstellen in mehreren Bundesländern angemessen auf die neue Herausforderung der Wiedereingliederung von deutschen Rückkehrenden etwa aus Gebieten des sogenannten Islamischen Staates (IS) in die Mehrheitsgesellschaft reagiert und die weiterhin notwendige Prävention von Radikalisierung gestärkt werden. Der Beitrag konzentriert sich auf die vielfältigen Aspekte des Wissenstransfers.

Europäischer Wissenstransfer

Das [Radicalisation Awareness Network \(RAN\)](#) ist ein von der EU-Kommission gefördertes Netzwerk, das sich mit Extremismusprävention beschäftigt. Es fördert den fachlichen Austausch zwischen Praktikern aus verschiedenen europäischen Ländern und arbeitet interdisziplinär. 2011 in Amsterdam gegründet koordiniert das Centre of Excellence (CoE) den internationalen Wissenstransfer im Radicalisation Awareness Network. Das CoE fungiert als zentrale Schnittstelle für die (Weiter-)Entwicklung und den Austausch von erfolgreichen Praxiserfahrungen auf europäischer Ebene. Es vernetzt somit Fachleute aus verschiedenen Bereichen, die sich mit der Radikalisierungsprävention und Bekämpfung von Extremismus beschäftigen. Ziel ist es, vorhandene wissenschaftliche Ansätze und Beratungskonzepte zu verbessern und weiterzutragen. Die Erkenntnisse zu Radikalisierung, Extremismus,

Terrorismus und Prävention werden durch RAN veröffentlicht, um Fachleuten in ganz Europa zu helfen, ihre Arbeit zu verbessern (Redaktion InfoDienst Radikalisierungsprävention für bpb.de, 2018).

RAN setzt sich aus Experten zusammen, die in verschiedenen Bereichen, wie zivilgesellschaftliche Akteure, staatliche Stellen, Schulen und Sozialarbeit, tätig sind. Das Netzwerk betont die Bedeutung der Präventionsarbeit und engagiert sich von der Radikalisierungsprävention bis zur Deradikalisierung von Extremist:innen. Die Ergebnisse der Zusammenarbeit werden in Form von Handreichungen und Publikationen mit Beispielen guter Praxis auf der RAN-Website veröffentlicht.

Aus Deutschland ergänzt maßgeblich die [Beratungsstelle „Radikalisierung“ des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge \(BAMF\)](#) den europäischen Austausch. Diese ermöglicht hilfreiche Einblicke in die Praxiserfahrungen der deutschen Beratungs-

landschaft, wie beispielsweise die [Rückkehrkoordination in Hessen \(RAN Collection, 2020\)](#). Bisher sind etwa 200 „inspirierende Praktiken“ in der RAN Collection vorgestellt worden. In dem Update 2020 wird neben dem dialog-orientierten Format „Online-Streetwork“ aus Deutschland, auch die Rückkehrkoordination in Hessen vorgestellt. Die Modellprojektreihe „Rückkehrkoordination“ des BAMF zur Eingliederung von zurückkehrenden IS-Kämpfern und ihren Familien aus Syrien und dem Irak, wurde 2019 initiiert und in sieben besonders betroffenen Bundesländern umgesetzt.

Die Rückkehrkoordination hat das übergeordnete Ziel einer multidisziplinären und ganzheitlichen Fallberatung und -bearbeitung. Sie fungiert als Schnittstelle zwischen Akteuren auf Bundes-, Landes- und lokaler Ebene, darunter Sicherheitsbehörden, öffentliche Einrichtungen, Gemeinschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen und psychologische Einrichtungen. Ihr Fokus liegt nicht auf direktem Kontakt mit zurückkehrenden Personen, sondern auf der Vernetzung und Unterstützung der relevanten Akteure sowie der Steuerung des Informationsflusses für einen effizienten Austausch und die Koordinierung von Maßnahmen.

Die Arbeitsstruktur der Koordination umfasst strategische Vernetzung und operative Fallbearbeitung. Die ganzheitliche Fallbearbeitung gliedert sich in die Phasen Ausreise und Aufenthalt, Rückführung und Wiedereingliederung. In der ersten Phase werden relevante

Informationen zu konkreten Fällen gesammelt, einschließlich Radikalisierungsprozessen und Motivationen für die Rückkehr. Das BAMF richtete während der Projektlaufzeit (2019-2023) zweimal jährlich Austauschtreffen aus, die eine engere Vernetzung der Rückkehrkoordinierenden sowie den Austausch über aktuelle Herausforderungen, Entwicklungen und bewährte Praktiken ermöglichen.

Die umfangreichste Phase ist die Wiedereingliederung, die eine Plattform für regelmäßigen Informationsaustausch, Dokumentation und Evaluierung von Maßnahmen und Erkennung von weiteren Bedarfen benötigt. Dieses wird, z.B. im hessischen Projekt durch die Einstellung von zwei Politikwissenschaftlern als Rückkehrkoordinierende und die Schaffung einer zweisprachigen Schnittstelle sichergestellt. Die Interdisziplinarität der Rückkehrkoordinierenden bewährte sich - insbesondere vor dem Hintergrund ihrer vielfältigen Aufgaben und Diversität an Netzwerkpartnern.

Die Übertragbarkeit des Modells auf andere lokale Strukturen wird durch den Aufbau eines multiprofessionellen Netzwerks, regelmäßige Treffen, sogenannte „Runde Tische“ oder Fallkonferenzen und Schulungen der Akteure gewährleistet.

Die Evaluation und Anpassung des Konzepts erfolgt regelmäßig, und das Projekt trägt aktiv zu einer erfolgreichen Wiedereingliederung von Rückkehrer:innen bei (RAN Update 2020).

Durch Publikationen, wie z.B. die *RAN Collection*, können relevante Praktiken einem breiten europäischen Publikum öffentlich zugänglich gemacht werden. Der internationale Austausch ermöglicht es, auf Erfahrungen in anderen Ländern aufzubauen, wodurch lokale Träger von verschiedenen Ansätzen profitieren können. Dies wird ebenfalls durch Treffen, Fortbildungen und den fachlichen Austausch bewährter Ansätze ergänzt.

Die Übertragbarkeit birgt jedoch auch Herausforderungen, insbesondere aufgrund unterschiedlicher nationaler Strukturen und föderaler Zuständigkeiten in den Mitgliedsstaaten. Aktuell stellt die Wiedereingliederung von IS-Rückkehrer:innen in die Mehrheitsgesellschaft, die europäischen Länder vor neuen Herausforderungen.

Das BAMF als Schnittstelle

Die 2012 geschaffene **Beratungsstelle „Radikalisierung“ des BAMF** unterstützte mit der Förderung der Modellprojektreihe „Rückkehrkoordination“ die Reintegration von IS Rückkehrern und Rückkehrerinnen in Deutschland. Mit ihrem Kompetenzzentrum im BAMF

ist sie dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) unterstellt und arbeitet eng mit verschiedenen Bundes- und Landesbehörden zusammen, um eine nachhaltige Umsetzung der Maßnahmen zu gewährleisten. Die Beratungsstelle fungiert ebenfalls als Bindeglied zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren, fördert diese und stellt außerdem sicher, dass die Erfahrungen aus der Praxis in die Entwicklung von Strategien einfließen (Halbach et al., 2020).

Die Dynamik des Phänomenbereichs und die Komplexität von Radikalisierungsverläufen und Fällen im Bereich des Islamismus erfordern komplexe Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Behörden auf Bundes- und Landesebene sowie nichtstaatlichen Stellen. Die Bundesregierung verabschiedete 2016 eine umfassende Strategie zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, ergänzt um das Nationale Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus (NPP) als Maßnahme insbesondere nach den Terroranschlägen von 2017 in Barcelona und London. Sowohl das NPP als auch die Modellprojektreihe zur Rückkehrkoordination sind mittlerweile planmäßig ausgelaufen.

Das BAMF spielt eine zentrale Rolle als Kompetenzzentrum für Islamismusprävention und als Schnittstelle zwischen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Arbeit. Die enge Kooperation zwischen Bundes-, Landesbehörden und zivilgesellschaftlichen Akteuren ist entscheidend, insbesondere im Umgang mit IS-Rückkehrer:innen.

Die Rückkehrkoordination spielt eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Deradikalisierung und Wiedereingliederung. Die Herausforderungen bei der Reintegration von Rückkehrenden erfordern auf den Einzelfall zugeschnittene Maßnahmen. Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Behörden und Fachkräften u.a. aus islamwissenschaftlichen, psychologischen und sozialpädagogischen Hintergründen ist dafür grundlegend für eine interdisziplinäre Fallbetrachtung. Da eben die Heterogenität der Rückkehrergruppe, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, besondere Anforderungen an bedarfs- und altersgerechte Unterstützung stellt.

Der Bericht des BMI vom September 2019 betont deshalb die Notwendigkeit ganzheitlicher Leitlinien im Umgang mit Rückkehrern. Diese Leitlinien bauen auf bestehenden Erfahrungen auf und betonen die effektive Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden, zivilgesellschaftlichen Trägern und der Deradikalisierungsarbeit. Die bisherige Arbeit der Beratungsstelle „Radikalisierung“ des BAMF hat maßgeblich zur Schaffung dieser Strukturen zur Koordination der IS-Rückkehrer und ihrer Wiedereingliederung beigetragen (Endres, et al., 2023).

Die Modellprojektreihe „Rückkehrkoordination“ hat wesentlich dazu beigetragen, dass wissenschaftliche Ansätze und fachliche Erkenntnisse zur Distanzierung und Deradikalisierung verstärkt in sicherheitsbehördliche Überlegungen einfließen. Die Rückkehrkoordinationen haben Zugänge zu relevanten Akteuren und lokal tätigen Fachkräften geschaffen, mit denen sie verlässlich in der Deradikalisierungs- und Distanzierungsarbeit zusammenarbeiten.¹

Die einzelnen Projekte zeigen, dass ein koordiniertes Handeln von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Stellen besonders aussichtsreich ist, um den komplexen Schutzfaktoren gerecht zu werden. Die Rückkehrkoordination liefert ein eindrucksvolles Praxisbeispiel für die Potenziale eines ganzheitlichen Ansatzes in der Extremismus- und Terrorismusbekämpfung (Endres et al, 2023). Deshalb werden in diesem Artikel die Bedarfe in der Rückkehrkoordination des BAMF ausführlicher unter *„Rückkehrkoordination – Wissenschaft und Praxis“* beleuchtet.

Das **Forschungszentrum des BAMF** wurde beauftragt, die wissenschaftliche Begleitforschung für die im Jahr 2012 etablierte Beratungsstelle „Radikalisierung“ des BAMF durchzuführen. Diese umfasst u.a. die Konzeption und Umsetzung eines Qualifizierungslehrgangs, praxisorientierte Analysen von Deradikalisierungsprozessen in Zusammenarbeit mit externen Partnern wie der Technischen Universität Berlin und dem Bayerischen Landeskriminalamt, sowie die Evaluation von Deradikalisierungsmaßnahmen. Ein wichtiger Aspekt ist die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen und staatlichen Beratungsstellen im Bereich der (Um-

¹ Darüber hinaus existieren zahlreiche weitere Maßnahmen, die den praxisorientierten Transfer von Wissensbeständen der Forschung an die Beratungsfachkräfte sicherstellen sollen, mit denen sich der vorliegende Beitrag aber nicht weiterführend auseinandersetzt. Hierzu zählen insbesondere die Implementierung des Qualifizierungslehrgangs für Beratungsfachkräfte durch die Vereinigung Pestalozzi (<https://www.bamf.de/SharedDocs/ProjekteReportagen/DE/Forschung/Deradikalisierung/qualifizierungslehrgang.html?nn=410570>), sowie die Erarbeitung und Bereitstellung des Begleitbuchs hierzu (<https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Beitragsreihe/beitrag-band-9-deradikalisierungs-distanzierungsarbeit.html?nn=282388>). Darüber hinaus existieren weitere projektbasierte Ansätze, um Wissensbestände bedarfsgerecht in die Beratungspraxis zu überführen, bspw. durch die folgenden Projekte (u.a. ZIVI-Extremismus; Evolio – Psychologie und Extremismus):

feld-)Beratung von (mutmaßlich) islamistisch radikalisierten Personen.

Dieser Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis erfolgte im Rahmen des Verbunds „Forschung-Praxis-Transfer im Phänomenbereich islamistischer Extremismus“ (FoPraTEEx), der aus wissenschaftlichen Mitarbeitern bestand. Diese waren bzw. sind vor Ort bei den Beratungsstellen angestellt und unterstützen diese direkt. Bis 2021 war FoPraTEEx ein einzigartiger national und international agierender Verbund, der durch seine anwendungsbezogene empirische Forschung im Bereich des islamistischen Extremismus gekennzeichnet ist. Die enge Verzahnung von Wissenschaft und Praxis wurde durch die direkte Anstellung der wissenschaftlichen Mitarbeitenden bei den Beratungsstellen gewährleistet.

Zusätzlich fand der kontinuierliche Wissenstransfer auf nationaler und internationaler Ebene durch die Beteiligung an Fachtagen statt, insbesondere im Rahmen des „International Forum for Expert Exchange on Countering Islamist Extremism“ (InFoEx). Der FoPraTEEx-Verbund hat die Vielfalt und Dynamik praxisrelevanter Fragestellungen im Bereich der Islamismusprävention reflektiert und seine Forschungsarbeiten in den Sammlungen „SCHNITT:STELLEN“ im April 2021, mit dem Schwerpunkt auf die Beratungspraxis, und im Folgejahr im zweiten Band „SCHNITT:STELLEN 2.0“, mit dem Fokus auf Deradikalisierungsarbeit, veröffentlicht.

Die Publikationen zielen darauf ab, fundierte und praxisrelevante Informationen für verschiedene Akteure, von Beratenden bis zu Sicherheitsbehörden und Wissenschaftlern, bereitzustellen, um mit der gesellschaftlichen Herausforderung des islamistischen Extremismus angemessen umzugehen (Emser et al., 2021). Die wissenschaftliche Begleitung von Vorhaben und Evaluierung bestehender Beratungsangebote wird weiterhin von wissenschaftlichen Mitarbeitern in einigen Trägern, u.a. bei *Violence Prevention Network (VPN)* fortgesetzt.

Bedarfsorientierte Forschung

Um weiteren aktuellen Bedarfen aus der Rückkehrkoordination gerecht zu werden und die Präventionsarbeit in den Beratungsstellen weiterhin wissenschaftlich fundiert zu stärken, fördert das BAMF außerdem Forschung

an Universitäten. So wurde z.B. das *Forschungsprojekt „ZIVI-Extremismus“*² zwischen dem Universitätsklinikum Ulm und dem Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf von 2020-2022 vom BAMF gefördert, um den Bedarf an einem strukturierten, für die Beratungspraxis nutzbaren Instrument in Form eines Handbuchs zur Bewertung von Handlungs- und Interventionsbedarf im Kontext islamistisch begründeter Radikalisierung zu decken. Die Beratungspraxis zeigt, dass eine vertiefte Kenntnis von Radikalisierungsverläufen in der Deradikalisierungs- und Distanzierungsarbeit notwendig ist.

Die Beratungslandschaft in Deutschland besteht aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Fachberatungsstellen, die jedoch unterschiedliche Schwerpunkte setzen, wodurch ein Bedarf an einem einheitlichen Bewertungsinstrument entstand. Das Ziel der Forschungskollaboration war es, in Zusammenarbeit mit Fachkräften aus verschiedenen Beratungsstellen und Koordinierungsstellen des Netzwerks der Beratungsstelle „Radikalisierung“ ein wissenschaftlich fundiertes Instrument zu entwickeln. Das Ergebnis umfasst drei Ebenen der Fallarbeit: Interventionsplanung, Verlaufsbewertung und Einschätzung einer Gefährdungssituation.

Durch die Anwendung des eigens entwickelten Instruments können Beratungsfachkräfte die Lebenssituation von (mutmaßlich) radikalisierten Personen erfassen, Einstellungs- oder Verhaltensänderungen im Verlauf bewerten und akute Gefährdungssituationen einschätzen. Das Instrument ermöglicht eine systematische Analyse und Dokumentation, fördert die Reflexion des eigenen Handelns und trägt zur Professionalisierung der Präventions- und Interventionsarbeit bei (Allroggen et al., 2022).

Trägereigene Forschung

Seither arbeiten nicht nur einzelne Wissenschaftler bei den unterschiedlichen Trägern, einige Träger haben eigene Wissenschaftsabteilungen. Die kontinuierliche wissenschaftliche Analyse ermöglicht es den Akteuren auf sich entwickelnde Phänomene und Herausforderungen angemessen zu reagieren. So begleiten also trägereigene Forschungs- und Wissenschaftsabteilungen Maßnahmen zur Deradika-

lisierungs- und Distanzierungsarbeit und ermöglichen Wissenstransfer, bottom-up, aus der Praxis in die Wissenschaft.

Violence Prevention Network (VPN) setzt sich das Ziel, durch wissenschaftlich fundierte Ansätze präventiv gegen Radikalisierung vorzugehen. Dabei arbeitet es an verschiedenen Standorten und implementiert Projekte, die auf die jeweiligen Bedürfnisse der Gemeinschaft zugeschnitten sind. Seit 2017 widmet sich hier im Fachbereich Wissenschaft ein Team von Wissenschaftler:innen dem Wissenstransfer von Wissenschaft und Praxis im Bereich der Extremismusprävention. Der Fachbereich strebt einen fortwährenden Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis an, um bestehende Programme zu evaluieren, zu verbessern und innovative Ansätze zu entwickeln. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen sind sowohl in Beratungsstellen und Praxisprojekten als auch in reinen Forschungsprojekten und Netzwerkformaten aktiv. Die Arbeit des Fachbereichs gliedert sich in **drei grundlegende Säulen**.

Erstens konzentriert sich die interne Evaluation und Prozessentwicklung auf die *kontinuierliche, bedarfsorientierte Unterstützung der Präventionspraxis auf Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse*. Hierbei liegt der Fokus auf der Weiterentwicklung und wissenschaftlichen Fundierung bereits vorhandener praktischer Arbeitsprozesse, darunter die Fallanalyse und die Gestaltung von Fallberatungen. Ein enger Austausch mit Mitarbeitern in Beratungsstellen und Praxisprojekten prägt diese Säule maßgeblich.

Zweitens beteiligt sich VPN aktiv als *forschender Verbundpartner in verschiedenen wissenschaftlichen Projekten und -verbänden* in Zusammenarbeit mit renommierten Wissenschaftsinstitutionen. Das Ziel besteht darin, die praktische Arbeit auf Basis aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse zu unterstützen und gleichzeitig aktuelle Herausforderungen und Bedarfe der Praxis in die Wissenschaft einzubringen. Das Team des Fachbereichs stärkt diese Kooperationen durch seine wissenschaftliche Kompetenz und den umfassenden Erfahrungsschatz aus der Praxis.

So wird z.B. das *Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ KN:IX* regelmäßig von der Wissenschaftsabteilung des VPN evaluiert. KN:IX vereint

² „Das Zielerreichungs- und Verlaufsbewertungsinstrument zur Einschätzung des handlungs- und Interventionsbedarfs bei islamistisch begründeter Radikalisierung – ZIVI-Extremismus“.

seit 2020 drei Träger. Diese Träger, die unterschiedliche fachliche Schwerpunkte aufweisen, übernehmen entsprechend ihrer Expertise Aufgaben im Netzwerk.

Die *Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e.V. (BAG RelEx)* koordiniert beispielsweise die Netzwerkarbeit. *Ufuq e.V.* ist hauptsächlich für Angebote und Expertise im Bereich der universellen Prävention verantwortlich, während VPN im Bereich der sekundären und tertiären Prävention tätig ist. Das Kompetenznetzwerk wird zudem von einem Beirat begleitet, der zur Qualitätssicherung der Aktivitäten von *KN:IX* beiträgt.

Die Evaluation des Kompetenznetzwerks „Islamistischer Extremismus“ durch den Wissenschaftsbereich des VPN verfolgt das Ziel, das Netzwerk bei der Erfüllung seines Auftrags zu unterstützen. Über einen Zeitraum von fünf Jahren werden laufend Daten erhoben, um Erkenntnisse im Projekt zu spiegeln und Entwicklungspotenziale aufzuzeigen. Die Evaluation kombiniert evaluative und beraterische Leistungen, wobei die beraterischen Leistungen die Weiterentwicklung des *KN:IX* zu einem Netzwerk mit gemeinsamem Selbst- und Rollenverständnis unterstützen, während die evaluatorischen Leistungen die Maßnahmen auf ihre Reichweite, Passgenauigkeit und Praxisnutzen untersuchen.

Die Evaluation hat folgende Nutzenaspekte: Erkenntnisgewinn durch regelmäßige Datenerhebung, Weiterentwicklung des Netzwerks basierend auf gewonnenen Erkenntnissen, und Legitimation nach außen. Der Evaluationsansatz umfasst qualitative und quantitative Erhebungs- und Auswertungsverfahren. In den Jahren 2022/2023 lag der Fokus auf der Sichtbarkeit des *KN:IX*, mit Workshops zur Erhöhung der Sichtbarkeit und Interviews mit der Zielgruppe. Der Evaluationsbericht zeigt, dass das Netzwerk den Mehrwert für Modellprojekte erbringt, den der Fördergeber *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* angestrebt hat. Die Vernetzung der Modellprojekte, sowie eine Übersicht über ihre Zielgruppen und Ansätze erscheinen erfolgreich, und der fachliche Austausch wird regelmäßig umfassend ermöglicht.

Das *KN:IX* erfüllt die Erwartungen des *BMFSFJ* einen Rahmen für den fachlichen Austausch zu schaffen. Die Evaluation hebt die Klarheit bezüglich Wirkungsweise, Strukturen, Prozessen, Rollen und Selbstverständnis des *KN:IX* hervor. Die gesteigerte Sichtbarkeit

und Reichweite des *KN:IX* werden durch Zahlen, wie Webseitenzugriffe und Publikationsdownloads, sowie qualitative Beobachtungen belegt. Der Fokus auf Sichtbarkeit und Reichweite zeigt, dass das *KN:IX* durch seine Aktivitäten, einschließlich verstärkter Öffentlichkeitsarbeit und diversifizierter Formate, einen Mehrwert schafft. Die hohe Zufriedenheit der Zielgruppen, insbesondere der Modellprojekte, belegt die Fähigkeit des *KN:IX*, passgenaue Formate anzubieten. Die Evaluation schließt mit der Erkenntnis, dass das *KN:IX* von seiner steigenden Reichweite weiter profitieren wird, vorausgesetzt, es setzt seine qualitativ hochwertige Arbeit fort (VPN Zwischenbericht 2023).

Drittens fördert VPN einen kontinuierlichen und wechselseitigen Wissenstransfer sowie Dialog zwischen Praxis, Forschung und Verwaltung. Dies erfolgt durch die Entwicklung und Umsetzung von Workshop-Formaten, gemeinsamen Austauschrunden und Fortbildungen. Das Ziel besteht darin, das gegenseitige Verständnis für Herausforderungen, relevante Themen und Arbeitslogiken zu verbessern. Die Mitarbeiter:innen des Fachbereichs Wissenschaft veröffentlichen ihre Erkenntnisse im Rahmen laufender Projekte sowie in Fachzeitschriften und anderen Formaten, um den Wissenstransfer weiter zu intensivieren und die Praxisrelevanz themenbezogener Forschung zu verbessern (VPN, Fachbereich Wissenschaft).

So hat man in Deutschland, unter der Federführung der Beratungsstelle „Radikalisierung“ im BAMF, in den letzten Jahren angemessen auf die zunehmenden Herausforderungen reagiert und nachhaltige Strukturen für den Wissenstransfer in die Beratungspraxis geschaffen. Durch die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, die Einbindung von Expert:innennetzwerken und die Integration wissenschaftlicher Erkenntnisse aus der lokalen Praxis wird eine wichtige Grundlage für erfolgreiche praktische Deradikalisierungs- und Distanzierungsarbeit in Deutschland ermöglicht. Als besonderes Merkmal kann im Deutschen Kontext auf die Durchlässigkeit des Wissenstransfers aus der Wissenschaft in die Praxis und vice versa verwiesen werden. Dies ermöglichte eine breite Schaffung von Strukturen zur Koordinierung von IS-Rückkehrer:innen, die seit 2012 auf den Erfahrungen des Kompetenzzentrums zur Radikalisierungsprävention im BAMF aufbauen. Im Folgenden werden diese Strukturen analysiert.

Rückkehrkoordination – Wissenschaft und Praxis

Um die praktische Umsetzung der Deradikalisierungsarbeit zu beleuchten, wird im Nachfolgenden am aktuellen Beispiel der Rückkehrerinnen beleuchtet, welche Bedarfe und Ansätze im Konkreten bestehen. In Deutschland hat das BAMF dafür zwischen 2019-2023 in insgesamt sieben Bundesländern Koordinierungsstellen geschaffen, deren Aufgabe es ist, den gesamten Prozess der Rückkehr zu überblicken sowie die Zusammenarbeit der Behörden und zivilgesellschaftlichen Trägern abzustimmen. Die Erkenntnisse aus der Wissenschaft und Praxis werden nun im Folgenden dargestellt.

Wissenschaft und Praxis betonen die Bedeutung von ganzheitlichen Ansätzen zur Deradikalisierung (Gielen, 2018; Patel et al., 2018; van Ginkel et al., 2018). Eine enge Kooperation verschiedenster Akteure (wie zum Beispiel *Justizvollzugsbeamte, Bewährungshelfer, Sicherheitsbehörden, Pädagogen, Sozialarbeiter, Psychologen, Lehrkräften, Jugendämtern oder Sportvereinen*) sowie ein interdisziplinäres Vorgehen ist für die allgemeine Prävention, die individuelle Deradikalisierung sowie die gesellschaftliche Rehabilitation der Betroffenen wichtig. Hierzu zählt auch die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Familien. Dieser multiprofessionelle Ansatz, auch unter der Bezeichnung „Multi-Agency-Ansatz“ bekannt (Handle et al., 2021; Gielen, 2018; Patel et al., 2018; Pelzer et al., 2020; Bakker et al., 2014; Dantschke et al., 2018), erfordert einen behördenübergreifenden Informationsaustausch, auch unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen, insbesondere zwischen den Akteuren auf lokaler und kommunaler Ebene (Handle et al., 2021). Insgesamt besteht nach derzeitigem wissenschaftlichem wie praktischem Erfahrungsstand die größte Herausforderung darin, überhaupt Zugang zu den nicht-verurteilten Rückkehrenden zu bekommen (Röing, 2021).

Daher ist der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses außerordentlich wichtig. Dies kann u.a. dadurch gelingen, in dem man Frauen aktiv in den Deradikalisierungsprozess einbindet und so die Gestaltung und Umsetzung in der Praxis für Rückkehrer:innen erfolgreich realisiert (Patel et al., 2018). Um solche Programme nachhaltig zu gestalten, müssen ihre Ziele nicht nur klar definiert,

sondern auch transparent und ihre Gesprächspartner vertrauenswürdig sein (Holmer et al., 2017). Die verschiedenen Dimensionen der Beratungsarbeit (soziale, ideologische und praktische) müssen berücksichtigt werden und bedingen eine Komplexität, weshalb nicht zuletzt die enge Zusammenarbeit verschiedenster Akteure notwendig ist (Handle et al., 2021).

Deradikalisierungsarbeit muss einen langfristigen Ansatz verfolgen und mehrere Maßnahmen umfassen, die auf die individuelle Ebene abzielen, wie z. B. Betreuung, psychologische Beratung, Beratung in Glaubensfragen und praktische Maßnahmen, wie z. B. die Sicherstellung der Wahrung der Schulpflicht, die Bereitstellung von Wohnraum, sowie Maßnahmen, die auf die familiäre Ebene abzielen, wie z. B. die Unterstützung der Familie. So werden beispielsweise in Belgien Sozialarbeiter:innen, Lehrer:innen, Jugendeinrichtungen und auch Krankenhäuser im Bereich Radikalisierungsprävention geschult (Handle et al., 2021). Dies ist wichtig, da praktische Erfordernisse der Rückkehrer:innen, wie z.B. die Arbeits- oder Wohnungssuche, angesprochen werden müssen (van Ginkel et al., 2018). Hier bedarf es gemeinsamer Fallkonferenzen, in welcher unter Einbeziehung aller relevanten Akteure (sicherheitsrelevante) Informationen diskutiert werden (Koller, 2020; Röing, 2021).

Neben der Koordinierung ist eine effektive und fortlaufende Beratung von zentraler Bedeutung. Entscheidend ist für den Beratungsprozess auch der Zeitpunkt der Kontaktaufnahme mit der Indexperson³, weshalb angestrebt wird, den Kontakt zu den Rückkehrenden von einem Beratenden so schnell wie möglich herzustellen (Koller, 2020; Koller et al., 2021; Patel et al., 2018). So könnten als Indikatoren im Rahmen der Monitoringmaßnahmen der Rückkehrer:innen beispielsweise die Wiederaufnahme eines Berufes, die Zusammenarbeit mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen oder die Einhaltung der Auflagen dienen (BMI, 2019).

Unabhängig von der speziellen Sachlage bei Rückkehrer:innen muss man bedenken, dass sich die Wiedereingliederungsstrategie für Rückkehrer:innen mit einer Vielzahl von unterschiedlichsten Personen und Motivlagen befassen muss. Dazu gehören desillusionierte Unterstützer:innen, aktuelle Unterstüt-

zer:innen, die im Ausland Gewalttaten begangen haben, aktuelle Unterstützer, die keine solchen Taten begangen haben, potenzielle Geldgeber und Rekrutierer, Jugendliche und Kinder unterschiedlichen Alters. All jene bedürfen einer individuellen Strategie (Govier et al., 2020).

Weiterhin ist die Familie der Rückkehrenden ein wichtiger Schlüsselpunkt des gesamten Beratungsprozesses, sowie der nachhaltigen Rehabilitation. Die Erfahrung, dass trotz der Ausreise ins Kampfgebiet eine Wiederaufnahme durch die Familie erfolgt, führt zur Irritation der ideologisierten Weltbilder der Rückkehrenden (Dittmar, 2022; Schirmacher, 2018; Gielen et al., 2018; Holmer et al., 2017; Röing, 2021). Die Wiederherstellung der familiären und gemeinschaftlichen Bindungen trägt dazu bei, die Re-Sozialisierung zu unterstützen (Holmer et al., 2017). Hierbei spielt auch die Frage nach den Kindern und dem möglichen Sorgerecht bei Rückkehrer:innen eine entscheidende Rolle, denn eine intrinsische Motivation zur gesellschaftlichen Reintegration ist bei Müttern oft stärker gegeben ist, da der Wunsch nach einer Abkehr von der Vergangenheit, sowie der Sorge um das Kindeswohl die Mütter dazu verleitet, dem Beratungsprozess eher offen gegenüberzustehen (Dittmar, 2022; Schirmacher, 2018).

Ein weiterer grundlegender Aspekt bei der Beratung der Rückkehrenden ist der Zugang zu psychotherapeutischen Behandlungsmöglichkeiten, da die Rückkehrenden nicht selten verschiedenste Traumata und psychopathologische Störungsbilder aufweisen (Koller et al., 2021; Koller, 2020; Schirmacher, 2018; Handle et al., 2021; Röing, 2021; Pelzer et al., 2020; Patel, et al., 2018; Holmer et al., 2017; Bakker et al., 2014). Traumata im Allgemeinen und beispielsweise Posttraumatische Belastungsstörungen sowie Suchterkrankungen im Speziellen sowie gesellschaftliche Stigmatisierung (siehe auch *Risikofaktoren bspw. Ergebnisse aus Zi-VI-Extremismus – Das Zielerreichungs- und Verlaufsbewertungsinstrument zur Einschätzung des Handlungs- und Interventionsbedarfs bei islamistisch begründeter Radikalisierung – Allroggen et al., 2022*) erschweren eine Reintegration und können eine Re-Radikalisierung begünstigen (Handle et al., 2021; Röing, 2021).

Neben dem generellen Angebot bedarf es jedoch auch der interkulturellen und interreligiösen Sensibilisierung und Weiterbildung von Psycholog:innen und Psychotherapeut:innen, welche aktuell noch nicht ausreichend vorhanden ist (Koller, 2020; Röing, 2021; Pelzer et al., 2020). Hier ist es u.a. Aufgabe des Gesundheitswesens mehr Therapieplätze in diesem Bereich zu schaffen (Dittmar, 2022).

Neben der Beratung von Rückkehrenden in Freiheit, gibt es auch Aspekte für inhaftierte Rückkehrende zu beachten. Insgesamt sei der Zugang im Gefängnis/Haft einfacher als außerhalb, da viele die Beratungsgespräche als einzige Abwechslung sehen, sowie keine Befürchtung haben, mit ihren Aussagen in Haft zu geraten, da sie bereits inhaftiert sind (Koller, 2020; Pelzer et al., 2020). Pelzer et al. (2020) hat sehr ausführlich über die Resozialisierung und Reintegration von (ehemaligen) Inhaftierten im Phänomenbereich des islamistischen Extremismus geforscht. So ist ein religiöser Austausch, sowie die Wahrung und Achtung kultureller und religiöser Belange als die Förderung der Religionsausübung ein förderlicher Faktor für die Reintegration im Vollzug. Hierfür könnten u. a. islamische Gefängnisseelsorger eine bedeutende Stellschraube darstellen (Röing, 2021). Dies kann auch der Gefahr der Radikalisierung in Gefängnissen entgegenwirken (Govier et al., 2020).

Zudem ist es essenziell, dass der Ausbau und die Aufrechterhaltung sozialer Kontakte gewährleistet werden, denn die praktische Unterstützung bei der Schaffung eines stabilen Umfelds und Tagesablaufs kann Re-Sozialisierung fördern und unterstützen (Gielen, 2018; Govier et al., 2020). Entsprechend ist das Übergangsmanagement zwischen einem Gefängnisaufenthalt und der Haftentlassung entscheidend zur erfolgreichen Reintegration (Handle et al., 2021; van Ginkel et al., 2018).

Auch hier ist die Zusammenarbeit mit staatlichen sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren, Jugend-, Sozial-, und Gesundheitsbehörden, sowie der örtlichen Polizei in den Vordergrund zu rücken (Koller, 2020). Dennoch wird angemerkt, dass Gefängnisse auf eine hohe Anzahl an weiblichen Rückkehrerinnen nicht ausreichend vorbereitet sind, da es u.a. nur eine beschränkte Anzahl an Plätzen gibt und die Infrastruktur für Rückkehrerinnen mit kleinen Kindern

³ Der Begriff der Indexperson wird in der Literatur an verschiedener Stelle genutzt, ohne diesen klar zu definieren (DGAP, 2019; DNE-Deutschland, 2021; Möller et al., 2019). Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge definiert die Indexperson in Bezug auf Radikalisierungsarbeit als das Individuum, welches im Fokus der Deradikalisierungsarbeit steht (Uhlmann, 2017, vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Beratungsstelle „Radikalisierung“).

mangelhaft sei (Koller, 2020). Daneben erschwert ein negatives Gefängnis-klima, beispielsweise bedingt durch Überbelegung, Personalmangel und mangelnder Sensibilisierung die Deradikalisierungsarbeit (Pelzer et al., 2020).

Ein allgemeines Problem besteht grundsätzlich darin, die Qualität und das Ausmaß der Straftaten im Kriegsgebiet eindeutig nachzuweisen (van Ginkel et al., 2018; Merz, 2017; Govier et al., 2020; Dantschke et al., 2018; Bakker et al., 2014). Außerdem wurde in der wissenschaftlichen Diskussion angemerkt, dass Rückkehrerinnen teilweise staatliche Stellen negativ konnotieren, jedoch zivilgesellschaftlichen Trägern teils mit einer höheren Akzeptanz gegenüber treten (Dittmar, 2022). Auch können negative Erfahrungen mit der medialen Berichterstattung dazu führen, dass Frauen einer Ausstiegsberatung gegenüber vorsichtig sind (Koller et al., 2021).

Rückkehrersachverhalte sind komplexe Fälle, bei denen verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Aufträgen und Rollen zuständig sind. Bisweilen gestaltet es sich daher herausforderungsvoll, die Abgrenzungen und Überschneidungen in den unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten im Einzelfall vollständig nachzuvollziehen. Ein Sachverhalt, der auch in der Literatur beschrieben wird (Handle et al., 2021; Dittmar, 2022; Röing, 2021; Pelzer et al., 2020).

Auch erscheint eine weitere Aufgabe darin zu liegen, neben den verfestigten ideologischen Überzeugungen auch das meist internationale Netzwerk mit ähnlichen Denkweisen aufzulösen (Patel et al., 2018). Hierfür bedarf es der Schaffung eines alternativen Netzwerkes, sowohl online als auch offline (Gielen, 2018). Zu Beginn besteht die Gefahr, dass eine zu starke Fokussierung auf religiöse/ideologische Aspekte erfolgt, wodurch soziale/emotionale Faktoren wie Familie/Freunde möglicherweise vernachlässigt werden, weshalb der Stabilisierung Vorrang gewährt werden sollte (Koller et al., 2021), was im Netzwerk u.a. durch die Nutzung eines systemischen Ansatzes vertreten wird.

Letzten Endes fehlt es aufgrund haushaltsrechtlicher Zwänge zumeist an einer nachhaltigen Finanzierungsperspektive für zivilgesellschaftliche Beratungsprojekte. Hier ist - im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten - eine belastbare und gesicherte Kontinuität der Förderung anzustreben (Röing, 2021).

Fazit

Um den neuen Herausforderungen der Wiedereingliederung von IS-Rückkehrern und den sich daraus ergebenden Bedarfen gerecht zu werden, werden (inter-)national verschiedene praxisorientierte Forschungsprojekte durchgeführt. Wie unter „Rückkehrkoordination – Wissenschaft und Praxis“ erwähnt, bedarf es für die Arbeit sowohl mit der Indexperson als auch mit den Angehörigen individuell maßgeschneiderte Ansätze und Konzepte sowie eine behördenübergreifende Zusammenarbeit.

In den letzten Jahren wurden in Deutschland unterschiedlichste Beratungskonzepte seitens der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure sowie der Beratungsstelle des BAMF konzipiert. Jedoch wurde oft bemängelt, dass kein wirkliches Instrument bestünde, womit eine systematische Erfassung der Radikalisierungsprozesse erfolgen könnte.

Um dieser, sowohl aus der Wissenschaft als auch der Praxis heraus entstandenen Herausforderungen gerecht zu werden, wurde seitens des BAMF das Forschungsprojekt „ZiVi-Extremismus“ ausdrücklich gefördert. Dabei wurde sowohl die vorhandene wissenschaftliche Datenlage berücksichtigt als auch der Austausch mit dem Beratungsstellen-Netzwerk des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge gewährleistet. Schlussendlich entstand in enger Zusammenarbeit mit dem BAMF ein umfangreiches Instrument, mit dem sowohl Ziele für die Beratung definiert, der Verlauf anhand der Entwicklungsfaktoren analysiert und Unterstützung zielgerichtet geplant werden können (Allroggen et al., 2022).

Der Wissenstransfer an der Schnittstelle zwischen praktischen Beratungsangeboten und internationalem Fachaustausch bleibt auch zukünftig eine besondere Herausforderung für die Arbeit im Phänomenbereich islamistischer Radikalisierungsprozesse.

Die Autor:innen sind Teil der AG „Psyche und (religiöse) Radikalisierungsprozesse“ am Zentrum für Psychosoziale Medizin des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf.

* Kaser Ahmed und Mohammad Nadeem veröffentlichen in geteilter Erstautorenschaft.

Kontakt PD Dr. Dr. Isgard Ohls: i.ohls@uke.de

Literatur

Allroggen, M., Rau, T., Karow, A., & Ohls, I. (2022). ZiVi-Extremismus - Das Zielerreichungs- und Verlaufsbewertungsinstrument zur Einschätzung des Handlungs- und Interventionsbedarfs bei islamistisch begründeter Radikalisierung: Eine Unterstützung zur strukturierten Beratungsarbeit, Falldokumentation und E. (1. Aufl.) Bundesamt für Migration und

Flüchtlinge (BAMF).

Bakker, E., Paulussen, C., & Entenmann, E. (2014). Returning jihadist foreign fighters: Challenges pertaining to threat assessment and governance of this pan-European problem. *Security and human rights*, 25(1), 11-32.

BMI: „Bericht des BMI zum Thema „Umgang mit Rückkehrern aus den jihadistischen Kampfgebieten, insbesondere Syrien und Irak. Leitlinien zum ganzheitlichen Umgang mit Rückkehrerinnen und Rückkehrern, Kurzfassung“ Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 2019, online verfügbar unter: https://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/2019-12-04_06/anlage-zu-top-9.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (zuletzt geprüft am 11. Dezember 2023)

Dantschke, C., Logvinov, M., Berczyk, J., Fathi, A., & Fischer, T. (2018). Zurück aus dem „Kalifat“: Anforderungen an den Umgang mit Rückkehrern und Rückkehrerinnen, die sich einer jihadistisch-terroristischen Organisation angeschlossen haben, und ihren Kindern unter dem Aspekt des Kindeswohles und der Kindeswohlgefährdung. *Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift Für Deradikalisierung Und Demokratische Kultur*.

Dittmar, Vera (2021): Rückkehrerinnen und ihre Kinder: Herausforderungen, Ressourcen und systemischen Beratungsstrategien. In: Emser, Corinna / Kreienbrink, Axel / Miguel Müller, Nelia / Rupp, Teresa / Wielopolski-Kasaku, Alexandra (Hg.) (in Planung/ Durchführung 2021): SCHNITT:STELLEN 2.0 – Erkenntnisse aus Forschung und Beratungspraxis im Phänomenbereich islamistischer Extremismus. Beiträge zu Migration und Integration xx, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Emser, Corinna / Kreienbrink, Axel / Miguel Müller, Nelia / Rupp, Teresa / Wielopolski-Kasaku, Alexandra (Hg.) (2021): SCHNITT:STELLEN - Erkenntnisse aus Forschung und Beratungspraxis im Phänomenbereich islamistischer Extremismus. Beiträge zu Migration und Integration 8, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Endres, Florian/Höppner, Christian/Komarek, Marcel/Schindler, Natalia: Vom Anschluss an das „Kalifat“ bis zur Reintegration in Deutschland. Die Entwicklung der Rolle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Kontext des Umgangs mit Rückkehrern aus dem sogenannten Islamischen Staat. In: *Kriminalistik*, Ausgabe 11/2023

Gielen, Amy-Jane (2018). Exit programmes for female jihadists: A proposal for conducting realistic evaluation of the Dutch approach. *International Sociology*, 33(4), 454-472.

Govier, Trudy / Boutland, David (2020): Dilemmas regarding returning ISIS fighters, *Ethics & Global Politics*, 13:2, 93-107.

Halbach, Judith; Reinhold, Katharina; Kärger, Jana; Saßmannshausen, Christian: Islamismusprävention in Deutschland, Akteure und Strukturen in Bund und Ländern; Bundeszentrale für politische Bildung, 1. Auflage 2020, Bonn.

Handle, Julia, Korn, Judy, Mücke, Thomas, & Walkenhorst, Dennis (2021). Rückkehrer* innen aus den Kriegsgebieten in Syrien und im Irak, online verfügbar unter: https://www.viefalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2020/12/violencepreventionnetwork_schriftenreihe_heft_1_rueckkehr_viefalt_mediathek.pdf (zuletzt geprüft am 11. Dezember 2023).

Holmer, Georgia, & Shtuni, Adrian (2017). Returning Foreign Fighters and the Reintegration Imperative, online verfügbar unter: <https://www.usip.org/sites/default/files/2017-03/sr402-returning-foreign-fighters-and-the-reintegration-imperative.pdf> (zuletzt geprüft am 11. Dezember 2023)

Koller, Sophia (2020). Reintegration von Rückkehrerinnen aus Syrien und dem Irak. Themenpapier von September, online verfügbar unter: https://dgap.org/sites/default/files/article_pdfs/Reintegration%20von%20R%C3%BCckkehrerinnen%20aus%20Syrien%20und%20dem%20Irak_Themenpapier%20zum%20InfoEx-Workshop%2C%20Berlin%2C%2005.-06.%20Dezember%202019.pdf (zuletzt geprüft am 11. Dezember 2023)

Koller, Sophia, Vale, Gina, & Avdimetaj, Teuta (2021). Themenpapier: Frauen und Minderjährige in der Tertiärprävention von islamistischem Extremismus: InFoEx Workshop, 21. und 22. April 2021. (DGAP Bericht, 25). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., online verfügbar unter: https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/77215/ssoar-2021-koller_et_al-Themenpapier_Frauen_und_Minderjaehrige_in.pdf?sequence=2&isAllowed=y&linkname=ssoar-2021-koller_et_al-Themenpapier_Frauen_und_Minderjaehrige_in.pdf (zuletzt geprüft am 11. Dezember 2023)

Merz, Fabien (2017). Der schwierige Umgang mit Dschihad-Rückkehrern. In CSS Analysen zur Sicherheitspolitik, Nr. 210, Nünlist, Christian. Zürich: Center for Security Studies (CSS), S.1 – 4.

Patel, Sophia, & Westermann, Jaqueline (2018). Women and Islamic-State Terrorism: An Assessment of How Gender Perspectives Are Integrated in Countering Violent Extremism Policy and Practices. *Security Challenges*, 14(2), 53–83.

Pelzer, Robert, & Moeller, Mika (2020). Resozialisierung und Reintegration von (ehemaligen) Inhaftierten aus dem Phänomenbereich »Islamistischer Extremismus«, online verfügbar unter: https://www.counterextremism.com/sites/default/files/CEP-Report_Resozialisierung%20und%20Reintegration_Islamistischer%20Extremismus.pdf (zuletzt geprüft am 11. Dezember 2023)

Radicalisation Awareness Network: RAN-Sammlung inspirierender Praktiken Radikalisierung hin zu Terrorismus und gewaltbereitem Extremismus. 2020 Update: online verfügbar unter: https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2020-12/ran_col-

[lection_de.pdf](#) (zuletzt geprüft am 10. Dezember 2023)

Redaktion Infodienst Radikalisierungsprävention für bpb.de: online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/267720/radicalisation-awareness-network/> (zuletzt geprüft am 10. Dezember 2023)

Röing, Tim (2021). Ist ein bisschen Deradikalisierung besser als keine? Zur Ausstiegsarbeit mit Rückkehrerinnen und Rückkehrern aus dschihadistischen Gruppen in Deutschland. (BICC Working Paper, 1/2021). Bonn: Bonn International, online verfügbar unter: https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/75098/ssoar-2021-roing-ist_ein_bisschen_Deradikalisierung_besser.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2021-roing-ist_ein_bisschen_Deradikalisierung_besser.pdf (zuletzt geprüft am 11. Dezember 2023)

Schirrmacher, Christine (2018) für BpB: online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/268745/der-umgang-mit-is-rueckkehrerinnen> (zuletzt geprüft am 11. Dezember 2023)

van Ginkel, B., Minks, S., Coolsaet, R., Heinke, D. H., Malet, D., & Raudszus, J. (2018). Addressing the Challenge of Returnees: Threat Perceptions, Policies and Practices in the Netherlands. In T. Renard (Ed.), *Returnees: Who Are They, Why Are They (Not) Coming Back and How Should We Deal with Them?: Assessing Policies on Returning Foreign Terrorist Fighters in Belgium, Germany and the Netherlands* (pp. 55–70). Egmont Institute.

Violence Prevention Network, Fachbereich Wissenschaft: online verfügbar unter: <https://violence-prevention-network.de/fachbereiche/fachbereich-wissenschaft/> (zuletzt geprüft am 10. Dezember 2023)

Violence Prevention Network: Zwischenbericht 2023. Begleitende Evaluation des Kompetenznetzwerkes »Islamistischer Extremismus«: online verfügbar unter: https://violence-prevention-network.de/wp-content/uploads/2023/06/Evaluation-KNIX_Zwischenbericht_2023.pdf (zuletzt geprüft am 10. Dezember 2023)